

10. Wie soll der Auslauf des Braunkohletagebaus politisch begleitet werden und welche Rolle sollen dabei die Betroffenen spielen?

SPD	CDU	Grüne	FDP	Piraten	Linke
<p>Mit der Initiative „Innovationsregion Rheinisches Revier“ haben wir unter Einschluss der betroffenen Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger den Rahmen für einen erfolgreichen und frühzeitigen Strukturwandel im Rheinischen Revier gesetzt. Diese Arbeit werden wir fortsetzen und unterstützen. Es kommt insbesondere auf das Engagement der Menschen in der Region an, Ideen und Projekte für die Zeit nach dem Braunkohletagebau zu entwickeln und umzusetzen. Dafür haben sie unsere volle Unterstützung, wir werden ihre Arbeit wo nötig auch weiter mit Landesmitteln fördern. Darüber hinaus werden wir uns auf Bundesebene für eine</p>		<p>In der kommenden Wahlperiode wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Ausstieg aus der Kohleverstromung und somit natürlich auch aus der Förderung der Braunkohle festlegen. Dabei setzen wir GRÜNE NRW uns für einen sozial verträglichen Wandel in den Kohleregionen, insbesondere im Rheinischen Revier ein. Die GRÜNE-Fraktion im Landtag NRW hat frühzeitig begonnen, sich mit dem Strukturwandel im Rheinischen Revier zu beschäftigen und hat mehrere Positionspapiere (Strukturwandel im Rheinischen Revier, Rheinisches Revier als Innovations- und Wissenschaftsregion) veröffentlicht. Zudem haben wir GRÜNE uns sowohl im Landtag und in der Regierungsverantwortung als auch im Regionalrat intensiv damit beschäftigt, welche Auswirkungen das Ende des Braunkohlenabbaus und der damit verbundene Wiederanstieg des Grundwassers für die Menschen in der Region für Auswirkungen haben könnte. Denn uns GRÜNEN ist wichtig, dass das bergbautreibende Unternehmen die Folgekosten des Braunkohleabbaus trägt und die Betroffenen nicht mit den Folgekosten und Ewigkeitslasten alleine gelassen werden. Unabhängig vom Kohleausstieg werden wir GRÜNE uns auch weiterhin für die Ausweitung der Beweislastumkehr auf</p>	s.o.	<p>Es braucht ein Braunkohleausstiegsgesetz, in dem der unausweichliche Strukturwandel in allen seinen Aspekten schöpferisch und vorausschauend geplant und geformt wird. Wir wollen einen Strukturbruch wie im Ruhrgebiet in den 1980ern vermeiden. Die Beteiligung aller Betroffener kann auf ähnliche Weise erfolgen wie beim Klimaschutzgesetz und -Plan.</p>	<p>Unser Konzept dazu können Sie detailliert dem Antrag unserer Bundestagsfraktion „Kohleausstieg einleiten – Strukturwandel sozial absichern“ (Bundestagsfraktion 18/8131) entnehmen, dem sich die LINKE in NRW vollinhaltlich anschließt</p>

<p>umsichtige und geordnete Energiewende einsetzen, damit die Folgen der ambitionierten Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen aktiv angegangen werden können.</p>		<p>die Braunkohle einsetzen und weiterhin ein neues Bundesberggesetz fordern, das Menschen und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Zudem setzen wir uns auch weiterhin dafür ein, dass allen vom Rohstoffabbau Betroffenen die bergschadenrelevanten Informationen zur Geologie, Tektonik, Hydrologie sowie die Höhenfolgedaten transparent dargestellt und ohne großen Verwaltungsaufwand zugänglich gemacht werden, damit sie sich bei einem Verdacht auf einen Bergschaden informieren können.</p>			
---	--	---	--	--	--